

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 885846 ppbn d
Telefax: 21 05 64

Inhalt

Björn Engholm, der neue SPD-Vorsitzende, umreißt seine Vorstellung von der Rolle der Deutschen in der Welt: Mit Europa für die Welt.

Seite 1

Dokumentation:

Wolfgang Thierse, stellvertretender SPD-Vorsitzender, skizziert die Aufgaben, die sich mit der Einigung Deutschlands stellen: Das gemeinsame Deutschland.

Seite 3

Dokumentation:

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve erläutert seine Vorstellungen von der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Polen.

Seite 5

Gudrun Schaich-Walch MdB berichtet über eine Aktion zur Rettung von Indianern in Brasilien: Der Völkermord muß sofort gestoppt werden.

Seite 6

46. Jahrgang / 100

29. Mai 1991

Mit Europa für die Welt

In seiner Rede vor den Delegierten des Bremer SPD-Parteitages hat der neue SPD-Vorsitzende, Björn Engholm, die künftige Rolle Deutschlands in der Welt aus sozialdemokratischer Sicht umrissen. Wir dokumentieren die entsprechende Passage aus seiner Rede:

Noch vor wenigen Monaten hofften wir, die Welt würde eine Periode nie gekannter Stabilität erleben. Heute schwanken wir zwischen Hoffen und Bangen:

- Die deutsche Teilung ist überwunden - aber im Osten Deutschlands wachsen die Sorgen ins Unermeßliche;
- Europas Einigung hat eine neue Chance - aber die Suche der Völker Südost-Europas und der Sowjetunion nach Selbstbestimmung ist damit noch längst nicht in Einklang gebracht.
- Das Ende des weltweiten Blockdenkens und Wettrüstens eröffnet Perspektiven - aber der Nahe Osten brennt, und weite Teile der Welt fallen tiefer ins Elend denn je zuvor.

Wir Deutsche sind gefragt, welche Verantwortung wir zu übernehmen bereit sind.

Wir haben die große Aufgabe, durch nationale Reformen und europäische Integration zu einer neuen Weltordnung beizutragen. Zu dieser Verantwortung will ich sechs einfache Bemerkungen machen:

1. Niemand sollte die Kraft der Deutschen in den kommenden Jahren überschätzen und überfordern. Wir werden wohl ein Jahrzehnt benötigen, um die innere Einheit der Deutschen zu vollenden. Daß das nicht mit linker Hand und nicht aus der Portokasse der Regierenden machbar ist, haben inzwischen sogar die Regierungssillusionisten begriffen. Das heißt, wir werden große Teile unseres Bruttosozialproduktes in diesen Prozeß und in den sozialen Wiederaufbau der neuen Länder investieren - denn müßlänge er, wären die Auswirkungen auf Europa und die Welt politisch verhängnisvoll.
2. Wir wollen unsere Kräfte überall dort in der Welt einsetzen, wo die Ursachen von Konflikten beseitigt werden könnten. Ich habe nichts gegen eine führende Rolle des neuen Deutschland - eine führende Rolle beim Kampf für humane, ökologisch sinnvolle und kulturell adäquate Lösungen für die Probleme der Welt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwirklichte Umweltschutz
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Die Reformen der Weltwirtschaft und Strategien gegen ein planetares Umweltdesaster gehören ganz oben auf die Tagesordnung der Politik.

3. Der Golfkrieg hat uns drastisch vor Augen geführt, daß man regionale Kriege zwar führen, aber durch sie keine Probleme lösen kann. Unsere Konsequenz, gerade nach den Erfahrungen des Golfkrieges, heißt: Keine Rückkehr zu militärischen Konfliktlösungsmustern. Krieg muß als Mittel der Politik überflüssig gemacht werden.

Die gleiche Kraft und Phantasie, die wir über Generationen in militärische Aktionen steckten, sollten wir heute besser in eine zivile Friedensordnung investieren.

Unsere Aufgabe ist, friedliches Überleben, nicht neues Sterben zu organisieren!

Daß in unserem Volk über Sinn und Zweck des Golfkrieges leidenschaftlich debattiert wurde, kann ich, im Gegensatz zu den Unionsparteien, nicht bedauern. Deutsche, die zu Hause über Krieg und Frieden streiten, sind allemal besser als Deutsche an den verschiedenen Fronten der Welt.

Vorgestern ist der Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek, 80 Jahre alt geworden: ein Mann, der aus tiefem Herzen den Ausgleich zwischen widerstrebenden Gruppen und Völkern seiner Region sucht. Ich habe ihm gesagt, was ich unseren Freunden in Israel versichere: Wir Sozialdemokraten sind uns unserer geschichtlichen Verpflichtung, Israels Existenz zu sichern, voll bewußt.

Wir wissen zugleich um die geschichtliche Notwendigkeit, auch den Palästinensern ein Leben in selbstbestimmter Würde zu ermöglichen. Deshalb trete ich ein für eine Nahost-Friedenskonferenz, die, etwa nach dem Muster der KSZE, alle Probleme der Region - auch die der Kurden - im Sinne langfristiger Stabilität löst.

4. Bei der Umkehr des Denkens von militärischen zu zivilen Lösungsmustern wollen wir in Deutschland vorangehen. Dazu gehört eine deutliche Reduzierung des Verteidigungshaushaltes und dazu gehören harte Restriktionen bei den Rüstungsexporten.
5. Was wäre das für eine Perversion, Soldaten auf die Gefechtsfelder der Welt entsenden, damit sie dort ihr Leben gegen deutsche Waffen riskieren. Wir werden morgen darüber debattieren, wer in einer Welt-Friedensordnung das Gewaltmonopol haben und wie die UNO reformiert und gestärkt werden soll.

Ich bitte Euch um ein klares Votum für die Beteiligung deutscher Soldaten an friedenserhaltenden Maßnahmen (Blauhelm-Missionen). Die Arbeit der Blauhelme hat sich in vielen Jahren als segensreich erwiesen.

6. Wer eine dauerhafte friedliche Weltordnung will, kommt nicht um die Beantwortung der Frage herum, ob wir in den westlichen Industrienationen glauben, auf ewig privilegiert leben zu können. Oder ob wir nicht bereit sein müssen, mehr für die Würde jener zu tun, die heute in der Welt so unwürdig existieren.

Denn: Wer kann glücklich sein, wenn sein Glück auf dem Unglück anderer gründet? Wer kann politisch friedlich überleben, wenn sein Nutzen anderen zur Last wird? Und wie wollen wir den Globus retten, wenn Milliarden Menschen gezwungen sind, aus nackter Not ihre Umwelt zu zerstören? Und schließlich: Wer in der Welt soll, wenn sein Volkseinkommen von Jahr zu Jahr sinkt, noch unsere Produkte kaufen?

Ich meine: Aus moralischen, politischen, ökologischen und auch ökonomischen Gründen dürfen wir im Norden nicht zusehen, wie der Süden unserer Erde immer weiter verelendet.

Die Welt ist nicht nur dazu da, um an ihr zu verdienen. Wir tragen auch die Verantwortung für ihre Probleme mit und sind für die Sorgen anderer Völker mit verantwortlich.

(-/29. Mai 1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

Die Aufgabe: Das gemeinsame Deutschland

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse hat die Dimension der Aufgabe der Einigung Deutschlands in seiner Rede vor dem Bremer SPD-Parteitag umrissen. Wir dokumentieren einen Auszug aus seiner Rede.

Der Parteitag, den wir jetzt beginnen, ist der erste normale, gewöhnliche Parteitag der SPD als gesamtdeutsche Partei. Daß ich - der letzte "Häuptling" der Sozialdemokraten in der ehemaligen DDR - ihn eröffnen darf, ist (denke ich) ein Zeichen für die erreichte Normalität unter uns. (Ich verbuche diesen Vorzug als eine besondere "Wonne und Gewöhnlichkeit").

Vor einem dreiviertel Jahr, im September 1990, haben wir uns zusammengeschlossen, ist die SPD als eine gemeinsame Partei in und für ganz Deutschland wiedererstanden. Ein außerordentliches Ereignis in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und auch in meiner Biographie, in der Lebensgeschichte von vielen unter uns. Ich erinnere mich mit Bewegung daran.

Nach dem Pathos des Beginnens in der gemeinsamen Partei und im gemeinsamen Staat ist inzwischen die Prosa des Alltags eingekehrt. Sind wir wirklich (schon) eine gesamtdeutsche Partei? Die Frage sei erlaubt, denn selbstverständlich ist das nicht. Schließlich ist die SPD - natürlicherweise, zum Glück und Unglück - ein Teil der deutschen Bevölkerung, spiegelt deren Stimmungs- und Bewußtseinslage. Dieser Parteitag ist - ich weise nur darauf hin, - der erste im geeinten Deutschland. Der Befund des bisherigen Vereinigungsprozesses ist bitter: Die staatliche Einheit ist vollzogen, aber die Spaltung ist ökonomisch, ist sozial, ist vor allem menschlich so tief - wie wir uns das in unseren schlimmsten Alpträumen nicht haben vorstellen können, nicht haben vorstellen wollen. Die Mauer - sie war nicht nur das brutale Faktum und zugleich das Symbol der Spaltung, sie hat offensichtlich die Tiefe der wirklichen Spaltung verdeckt.

Jetzt, wo sie weg ist, zum Glück weg ist, da treffen Vorurteile und Fremdheit unvermittelt und unverhüllt aufeinander. Die Vorwürfe sind oberflächlich und erbittert zugleich. "Egoismus, Arroganz, Rücksichtslosigkeit, Kolonialherrenmentalität" - das richtet sich gegen die "Besser-Wessis"; "Faulheit, Unselbständigkeit, Weinerlichkeit, Ungeduld, Unbescheidenheit" - das soll die Osis treffen.

Der Alltag der Einigung zeigt, so stellt das Papier unserer Grundwertekommission "Deutschland als Aufgabe" fest: "Wir haben nur eine Grundsteinlegung gefeiert, nicht das Richtfest. Die Arbeit der Vereinigung steht uns noch bevor. Sie wird härter und anstrengender werden, als manche erwartet haben. Nun, da wir uns im Alltag näher kommen, entdecken wir auch manches Befremdliche und Unverständliche aneinander. Was im Osten jeder - und mancher allzu schmerzlich - schon begriffen hat, kommt im Westen langsam zu Bewußtsein: Alles wird anders."

Ich bezweifle, daß das Bewußtsein davon, "daß nichts mehr so bleiben wird, wie es war", im westlichen Deutschland wirklich verbreitet ist. Im Gegenteil: Hier herrscht, geprägt von der Bundesregierung, jene Weiter-So-Mentalität, nach der die Zukunft Deutschlands ganz einfach als vergrößerte Bundesrepublik vorzustellen ist. Aber so funktioniert ja noch nicht einmal die Gegenwart der gesellschaftlichen Einigung, geschweige denn eine gelingende gemeinsame Zukunft. Wer, wenn nicht wir Sozialdemokraten, hätte die Pflicht, die Chance zum Neuen, die im deutschen Einigungsprozeß liegt, wenigstens zu Momenten eines Neuanfangs zu erkämpfen und zu verteidigen - gegen die allzu einfache, konservative Fortschreibung des Bisherigen!

Der weitere Fortgang der Einigung wird mit Verteilungskämpfen verbunden sein. Das muß nicht wundern. Die Art, wie sie ausgefochten werden, wird entscheidend sein für die Zukunft der Demokratie in unserem Lande. Das Ja zur Solidarität, zum Teilen gilt (verständlicherweise) zunächst immer nur abstrakt und dem Grundsatz nach: Solidarität tut erst weh, wenn sie kon-

kret wird, mich jeweils selbst betrifft - erst dann ist sie wirkliche und wirksame Solidarität. Ob und wie lange sie dann wohl noch gewährt werden wird - von Interessenverbänden und sozialen Gruppen, von armen und reichen Kommunen und Bundesländern? Entscheidend wird am Schluß sein, ob es gelingt, Umverteilungsprozesse von West nach Ost zu organisieren.

Denn bisher geschieht trotz eines erheblichen staatlichen Finanztransfers in die neuen Länder das genaue Gegenteil: Arbeitsplätze, Arbeitskräfte, Gewinne werden von Ost nach West umverteilt und nicht umgekehrt. Die Gefahr ist nicht gering, daß am Schluß wieder die Ostdeutschen es sein werden, die vor allem den Preis der Einheit zu zahlen haben, nachdem sie schon die Opfer, die Benachteiligten der Spaltung waren!

Welch abgrundtiefe Differenz zwischen der Euphorie, den Erwartungen und Hoffnungen, die vor allem im Osten Deutschlands mit der staatlichen Einigung verbunden waren, und der Enttäuschung und Ernüchterung, die jetzt eingetreten sind. Die Ernüchterung dabei ist, denke ich, für die Menschen in den neuen Bundesländern unausweichlich und auf bittere Weise heilsam gewesen. Und sie wird, hoffentlich, eine dauerhafte Reaktion bleiben auf die verantwortungslosen Versprechungen des Bundeskanzlers, auf eine Politik von Selbsttäuschung und Täuschung, deren krasses Beispiel die Steuerlüge ist. Und auf eine Koalitionsregierung, deren Politik der wirklichen Dimension der Aufgabe nicht gewachsen ist.

Aber: Wie das gemeinsame Deutschland aussehen wird, das hängt - zum Glück - nicht nur von der Bundesregierung und von den konservativen Parteien ab. Es ist auch unsere Sache, die Sache der deutschen Sozialdemokraten, ob dieses Deutschland sozial gerecht und ökologisch vernünftig, demokratisch und tolerant, europäisch und auf entschlossene Weise friedfertig sein wird. Damit sind Thema und Ziel der beiden Hauptanträge für unseren Parteitag benannt. Daß durch die Diskussion des einen nicht der andere Antrag ganz in den Schatten gestellt wird, diesen Wunsch mögt Ihr mir verzeihen.

Es ist nicht nur der Sinn für Proportionen, sondern gewiß auch - Ihr entschuldigt - meine immer noch ostdeutsche Perspektive, die mich diese Bitte aussprechen läßt. Die Diskussion über die Rolle Deutschlands in einer so gründlich veränderten Welt situation, über unsere internationalen friedenspolitischen Verpflichtungen ist notwendig; und daß wir sie kontrovers führen - auch darin ein Spiegelbild der deutschen Gesellschaft - ist weit sympathischer als das Unisono anderer Parteien. Aber bei allem sympathischen Streit dürfen wir nicht vergessen, daß die Menschen in Deutschland, für die wir angetreten sind, ein ganz anderes Thema heftig bewegt. Sie fragen sich und uns: Wie kann die deutsche Einheit gelingen, wie können die ökonomischen, sozialen, psychologischen Probleme gelöst, die notwendigen Opfer gerecht verteilt und die Chancen entschlossen genützt werden. Das ist das Thema dieser Tage und Monate - und es muß auch das Thema unseres Parteitages sein! Wenn die deutsche Einheit mißlingt, dann werden wir auch unseren europäischen, internationalen und friedenspolitischen Verpflichtungen nicht gerecht werden können.

Ich bitte Euch also: Von diesem Parteitag sollte ein Impuls der Hoffnung ausgehen - für die Menschen in den sechs neuen Ländern und, da die Probleme der deutschen Einigung nur gemeinsam zu bewältigen sind, für die Menschen in ganz Deutschland! Und, liebe Genossinnen und Genossen, wir Sozialdemokraten sind doch auf diese Aufgabe wahrhaftig nicht schlecht vorbereitet: Wir haben einen Vorsprung an Glaubwürdigkeit, weil die SPD, weil Oskar Lafontaine schon im vorigen Jahr, vor den Bundestagswahlen auf die Probleme und Aufgaben hingewiesen hat, vor deren Lösung wir alle - und auch eine allzulange ignorante Bundesregierung - jetzt stehen; wir haben Nüchternheit und Realismus bewiesen, und vor allem: Wir haben mit dem "Nationalen Aufbauplan" und mit dem Antrag "Deutschland in neuer Verfassung" Konzeptionen für den deutschen Einigungsprozeß vorgelegt. Sie zu diskutieren, zu konkretisieren, weiterzuentwickeln und vor allem in praktische Politik umzusetzen - daran sollten wir unsere Regierungsfähigkeit messen lassen und nicht etwa an unserer Bereitschaft, deutsche Soldaten irgendwohin zu senden! Das also sollte Schwerpunkt unserer Diskussion sein!

(-/29. Mai 1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

Wir brauchen das Gespräch mit den Polen

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve hat sich für eine neue Kultur des Zusammenlebens unter den Völkern ausgesprochen. Wir dokumentieren seine Ausführungen bei der Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion "Zur Zukunft der ostdeutschen Kulturarbeit" im Mai in Bonn im Wortlaut.

"Ich begrüße Sie zu unserer Anhörung, die sich mit dem Stand und der Zukunft der bisher so genannten 'ostdeutschen Kulturarbeit' befaßt.

Ich freue mich, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind. Jedem Anwesenden steht Minderheitenschutz im Zeichen der Versöhnung zu. Wir wollen fragen, wie es weitergeht:

- Radio Kattowitz sendet bald in deutscher Sprache;
- im Nachbarschaftsvertrag mit Polen sind jetzt Rechte der Minderheiten festgelegt, die eine neue Qualität in die internationalen Beziehungen bringen können. Artikel 20 bis 22 dieses Vertrages könnten Fundamente für eine europäische Kulturordnung bilden, in der übernationale Legalität, nationale Loyalität und kulturelle Identität ein harmonisches friedliches Ganzes ermöglichen.

Diese neue Kultur des Zusammenlebens hat in der Welt von Morgen höheren Rang als kulturelle Grenzziehungen und künstliche Identitätsausgrabungen aus der Geschichte, die den Kampf zwischen den Völkern stärker im Blick haben als das gemeinsame Gewebe nachbarschaftlichen Lebens, das in Wahrheit immer Voraussetzung auch nationaler Kulturen war. Kultur ist immer erstant, wann sie sich national abgrenzen wollte, Kultur hat sich immer wieder neu entfalten können, wenn sie jede Abgrenzung ablehnt.

Magna Charta für künftige Minderheitenpolitik könnte der Vertrag werden.

Die wenigen Minderheiten in Europa haben eine große Mutter, die ihnen solche Verträge aushandelt. Diese Minderheiten sind aber die eigentliche Aufgabe einer künftigen kulturellen Gemeinschaft der Europäer.

Nach Nachbarschaftsvertrag formuliert so etwas wie einen kulturellen Habeas Corpus der Minderheiten. Europa wird also sehr genau hinsehen, wie diese beiden großen Kulturvölker künftig diese vertraglichen Beziehungen mit Leben erfüllen, wie Polen und Deutsche künftig miteinander umgehen, als Staaten, als Bürger, drinnen im eigenen Land wie draußen im Nachbarland.

Das heißt: Die Grenze ist endgültig. Wer sie jetzt noch in Frage stellt, sät Zwietracht. Die Grenze anerkennen, heißt die Grenze durchlässig zu machen. Die Grenze anerkennen heißt nicht, die Vergangenheit vergraben, weder die Verbrechen der Deutschen in Polen und an Polen noch die Vertreibung sollen künftig taubisiert werden: Versöhnung und Zusammenleben also.

Das heißt für uns Sozialdemokraten, die Frage neu stellen, wie die Bundesregierung künftig ihre kulturellen Außenbeziehungen zu den Staaten Osteuropas gestaltet, in denen deutsche Minderheiten leben.

Wir haben der Bundesregierung vorgeworfen, eine Politik der "doppelten Kasse" zu betreiben, das Auswärtige Amt gibt Mittel für die Versöhnung mit den Polen, und das Innenministerium zahlt für die Nichtanerkennung der Grenze durch die Verbände.

Wir fragen, ob es wirklich zum neuen Denken paßt, wenn die Mittel für die 'ostdeutsche Kulturarbeit' im Haushaltsjahr 1991 verdoppelt worden sind - der größte Sprung aller traditionellen Haushaltstitel des Bundes.

Wir fragen: Kann auch künftig dieser Name noch gelten? Was sagen die ostdeutschen Länder dazu?

Ich hoffe, daß dieses ein erstes fruchtbares Gespräch wird. Wir werden im Innen- und Auswärtigen Ausschuß eine gemeinsame Anhörung zum gleichen Thema beantragen.

Wir hoffen, daß uns dieses Gespräch heute einen ersten Einstieg in eine schwierige Debatte erleichtert. Wir wollen es in freundschaftlichem Geist führen."

(-/29. Mai 1991/rs/fr)

Rettet die Yanomami-Indianer in Brasilien
Der Völkermord muß sofort gestoppt werden

Von Gudrun Schleich-Walch MdB

Am 24. Mai starteten 20 Jugendliche aus dem Stuttgarter Raum eine Bitt-Radtour zur Brasilianischen Botschaft nach Bonn, wo sie am 31. Mai dem Botschafter eine Petition zur Rettung der Yanomami-Indianer übergeben wollen.

Diese Aktion ist der verzweifelte Versuch, in letzter Minute den Völkermord an den Yanomami-Indianern in Brasilien zu vereiteln. Goldsucher haben in der Vergangenheit und Gegenwart Massaker an den Yanomami begangen. Hingeschleppte Krankheiten haben den Völkermord beschleunigt. Nun leben von den ehemals circa 10.000 Yanomami nur noch 5.000 bis 6.000 Menschen. 90 Prozent der Überlebenden sind krank.

Die medizinischen Hilfsprogramme sind unzureichend. Lebensmittellieferungen an die völlig unterernährten Indianer erreichen ihr Ziel nicht.

Zur Rettung dieser Menschen müssen schnell und unbürokratisch Maßnahmen ergriffen werden. Versorgung mit Lebensmitteln und Medizin ist zunächst notwendig, um die akute Gefahr der Ausrottung zu bannen. Daneben ist jedoch die sofortige Errichtung eines 'Yanomami-Schutzparks' unabdingbar notwendig, um diesem Volk die Chance für eine Zukunft zu geben.

Den 20 Stuttgarter Jugendlichen ist es zu verdanken, daß das Schicksal eines kleinen Volkes öffentlich gemacht wird und wir über den großen Katastrophen nicht die "kleineren" vergessen. Dieses Engagement haben die jungen Leute bisher aus eigener Tasche bezahlt.

Die Aktion braucht unsere Unterstützung und zwar politisch, ideell und finanziell.

(-/29. Mai 1991/rs/fr)
